


# 50 Jahre Nationalliberale Partei

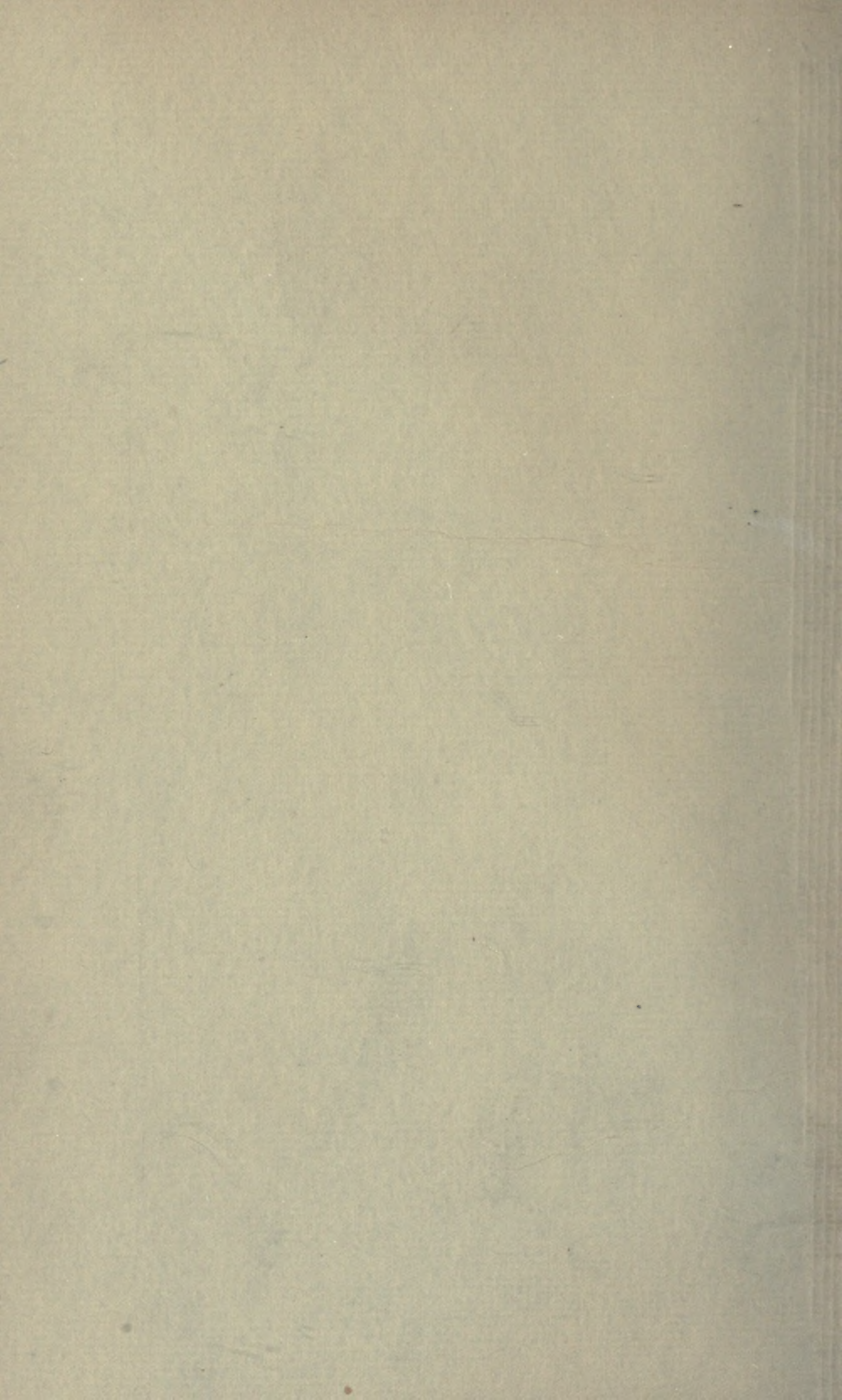
## 1867-1917

Von

**Erich Brandenburg**

1917

Verlag Schriftenvertriebsstelle der Nationalliberalen Partei Deutschlands / Berlin W 35
Hermann Kalkoff

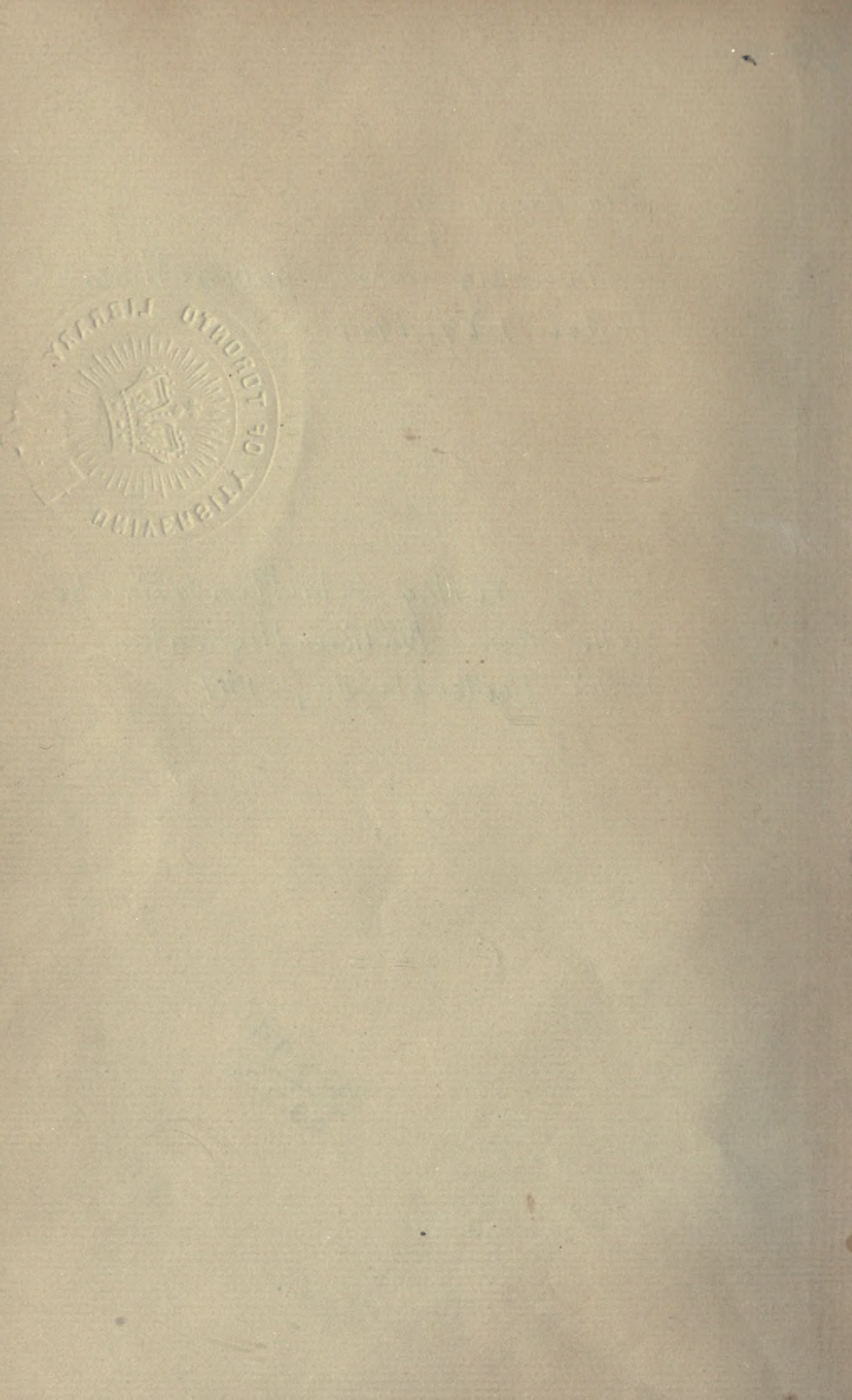


Brandenburg, Erich

Fünfzig Jahre Nationalliberale Partei 1867-1917



Berlin, Verlag Schriftenvertriebs-stelle der Nationalliberalen Partei Deutschlands, 1917



Alfons Dreikal.

# Fünfzig Jahre
# Nationalliberale Partei 1867—1917.

Von Erich Brandenburg.

## 1. Entstehung der Nationalliberalen Partei.

Am 28. Februar 1917 feiert die Nationalliberale Partei den 50 jährigen Gedenktag ihrer Gründung. Sie wurde im Februar 1867 nach mancherlei Vorbereitungen endgültig konstituiert. Ihre Gründer waren Männer aus den verschiedenen älteren liberalen Parteien Norddeutschlands, die zu der Überzeugung gelangt waren, daß die neue Zeit auch ein neues Programm, eine neue Form der Betätigung des liberalen Gedankens erfordere, und die es für unmöglich hielten, daß die älteren, auf ganz bestimmte Forderungen festgelegten Parteigruppen sich dieser neuen Aufgabe anpassen könnten.

Die Nationalliberale Partei brachte also nicht völlig neue Gedanken in das deutsche Parteileben; sie wollte nur die alten liberalen Gedanken, die schon seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts einen immer wachsenden Einfluß innerhalb des deutschen Volkes gewonnen hatten, in zeitgemäßer Weise weiterbilden.

Der deutsche Liberalismus hat nie, wie man ihm fälschlich nachsagt, die Meinung vertreten, daß die Interessen der einzelnen Staatsbürger allein maßgebend sein müßten für das öffentliche Leben, und daß der Staat keine andere Aufgabe habe, als ihnen zu dienen. Vielmehr ist der Kernpunkt alles liberalen Denkens stets die Anschauung gewesen, daß es die Aufgabe der Politik sei, zwischen der Freiheit des einzelnen und dem Wohl des Ganzen den richtigen Ausgleich zu finden. Unbeschränkte Freiheit des einzelnen würde zum Kampf aller gegen alle, zur Vernichtung jeder Autorität und schließlich zum Anarchismus führen. Unbedingte Betonung des Gesamtinteresses und Gesamtwillens gegenüber dem einzelnen würde die persönliche Selbständigkeit der Staatsbürger ertöten und damit eines des wesentlichsten Elemente des Fortschritts beseitigen.

Das wirksamste Mittel, um diesen Ausgleich herbeizuführen, erblickte der Liberalismus in einer konstitutionellen Verfassung. Wenn die Macht des Herrschers in bestimmte gesetzliche Schranken eingeschlossen und den Staatsbürgern ein bestimmter Einfluß auf die Bildung des Staatswillens gesichert wurde, so schien die Wiederkehr einer Periode absolutistischer Willkür, wie

sie im 18. Jahrhundert geherrscht hatte, ausgeschlossen zu sein. Andererseits sollte die Regierung stark genug bleiben, um die Interessen der Gesamtheit nach außen hin kräftig vertreten und den einzelnen Bürgern gegenüber die Autorität der Gesetze aufrecht erhalten zu können. Gewiß waren die älteren Liberalen darüber nicht völlig einer Meinung, wie die Verfassung im Einzelnen beschaffen sein solle, wie insbesondere die Rechte des Monarchen und die der Volksvertretung gegeneinander abgegrenzt werden sollten. Aber über den Grundgedanken waren sie einig, daß in der Existenz zweier gleichberechtigter, einander gegenseitig beschränkender und kontrollierender Gewalten, der Regierung und der Volksvertretung, die sicherste Garantie der politischen Freiheit liege, und daß in dem Augenblick, wo eine einzige Gewalt allein die oberste Verfügung über die Kräfte des Staates in die Hand bekomme, die Freiheit aufs schwerste gefährdet sei.

Durch diese Grundanschauung unterschieden sich die liberalen Gruppen von den weiter links und weiter rechts stehenden Parteien. Weiter links standen die Demokraten oder Radikalen, deren oberster Gesichtspunkt die Durchführung der Gleichheit aller Staatsbürger und die unbedingte Herrschaft des Mehrheitswillens war. Ihr Ideal war eine von allen ständischen Unterschieden befreite Republik; nur, wenn diese durchaus nicht zu erreichen sei, wollten sie sich mit einem von der Parlamentsmehrheit vollständig abhängigen Schattenkönigtum begnügen. Weiter rechts standen die Konservativen, die möglichst viel von der mittelalterlichen Staats- und Gesellschaftsordnung erhalten, namentlich die Vorzugsstellung des grundbesitzenden Adels und der Geistlichkeit sichern und den Einfluß der übrigen Volkskreise aus dem öffentlichen Leben verbannen wollten. Auch sie wollten kein absolutes Königtum; aber die Landesvertretung sollte wenigstens ihrer großen Mehrheit nach aus dem alteingesessenen Adel hervorgehen und mit dem Herrscher zusammen unbedingte Gewalt haben, die übrigen Volkskreise zu regieren.

Seit den Freiheitskriegen kam in Deutschland das Streben nach einer konstitutionellen Verfassung nicht mehr zur Ruhe. In dem Kampf um die Ausgestaltung dieser Verfassung in den bestehenden deutschen Einzelstaaten stießen die Ansichten der Parteien natürlich am stärksten zusammen. Aber daneben wurde das deutsche Volk immer stärker von dem Streben nach nationaler Einigung ergriffen, nach der Schaffung eines deutschen Gesamtstaates, der die gewaltigen, in den Einzelstaaten zersplitterten Kräfte Deutschlands zusammenfasse und in der Welt zur Geltung bringe. Auch in ihrer Stellung zur nationalen Frage gingen die Parteien von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Die Konservativen wollten am liebsten den bestehenden Einzelstaaten, in denen sie von altersher den leitenden Einfluß in Händen hatten, ihre volle Selbständigkeit erhalten; sie mißtrauten dem nationalen Gedanken als einem revolutionären Element. Die Demokraten strebten nach einer deutschen Einheitsrepublik unter vollständiger Beseitigung der Einzelstaaten. Gerade den liberalen Gruppen aber schwebte von Anfang an das heute erreichte Ziel eines Bundesstaates vor, der aus konstitutionellen

Monarchien bestände und selbst eine monarchische Form habe. Auch in dieser Beziehung gab es unter den Liberalen manche Meinungsverschiedenheiten; aber das gemeinsame Ideal hielt sie doch auch in dieser Frage gegenüber den weiter rechts und weiter links stehenden Gruppen zusammen.

Es ist für das Schicksal des deutschen Liberalismus in hohem Grade bestimmend gewesen, daß es ihm niemals gelungen ist, selbst die Regierung in die Hand zu bekommen und seine Ideen selbst in der Wirklichkeit zur Ausführung zu bringen. Nur im Jahre 1848 hat er auf wenige Monate die Zügel in der Hand gehabt, sah sich aber sofort von den Demokraten im Rücken angegriffen und sehr bald von den konservativen Elementen, nachdem diese sich von ihrer ersten Überraschung erholt hatten, wieder aus der Macht verdrängt. Wohl hat der Liberalismus viele Zugeständnisse von den bisher herrschenden Gewalten erreicht; aber diese haben sie mehr oder minder freiwillig gemacht, ohne die Leitung des Staates aus der Hand zu geben. Die Liberalen waren immer in der Opposition und verfielen daher leicht in den gemeinsamen Fehler aller oppositionellen Parteien, das Überwuchern der Kritik und eines auf theoretischen Grundsätzen aufgebauten Doktrinarismus gegenüber der praktischen Kunst des Regierens. Auch sahen sie sich genötigt, um nur etwas von ihren Forderungen durchzusetzen, mit den weiter links stehenden Elementen gegen die Regierung zusammen zu gehen, da auch diese die bestehende Ordnung bekämpften. Durch diesen Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner verwischten sich zeitweise die Unterschiede zwischen Liberalismus und Demokratie, und es schien zuweilen, als würden die liberalen Grundgedanken ganz und gar überflutet von den Wellen des Radikalismus, der auch die besonnensten Persönlichkeiten mit sich fortriß.

Diese Erscheinung trat besonders in Preußen während der sogenannten Konfliktszeit im Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts hervor. Die Regierung kämpfte nicht nur für eine erhebliche Verstärkung und veränderte Organisation des Heeres, um dies zu einer schärferen Waffe in den bevorstehenden großen Kämpfen zu machen, sondern auch um das Recht des Königtums zur obersten Leitung des Staates, namentlich des Heerwesens und der auswärtigen Politik. Daß die Demokraten als Anhänger des Milizsystems und Gegner einer selbständigen Monarchie sich dagegen mit allen Mitteln wehrten, versteht sich von selbst. Die Liberalen hätten dazu an sich keinen Anlaß gehabt. Sie hatten eine Zeit lang gehofft, unter König Wilhelm, selbst die Leitung des Staates in die Hand zu bekommen, und fühlten sich bitter enttäuscht, als dies nicht geschah. Auch in einer Reihe von Fragen der inneren Politik vermochten sie ihre Wünsche gegenüber den Konservativen nicht durchzusetzen; endlich hielten sie die militärischen Forderungen der Regierung für übertrieben und die vom König geforderte dreijährige Dienstzeit für überflüssig. Aus allen diesen Gründen traten sie ebenfalls in die Opposition und wurden nun durch die steigende Verschärfung des Kampfes immer stärker den Demokraten in die Arme getrieben. Als sie sich in ihrer großen Mehrzahl die Forderung zu eigen machten, daß der König gezwungen sei,

nach dem Willen des Parlaments zu regieren und seine Minister aus der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu nehmen, verließen sie, ohne sich dessen eigentlich bewußt zu sein, den liberalen Standpunkt, der stets die Gleichberechtigung beider Gewalten betont hatte, und kämpften für einen demokratischen Gesichtspunkt. In der Fortschrittspartei, die damals den weitaus größten Teil der Liberalen umfaßte, waren zuletzt demokratische Anschauungen überwiegend. Namentlich seitdem Bismarck an die Spitze des Ministeriums getreten war, wurde durch die Schärfe, mit der er den Kampf gegen das Parlament führte und durch die Rücksichtslosigkeit, mit der er selbst klare Verfassungsbestimmungen beiseite schob, der Konflikt immer heftiger, die Möglichkeit für die Liberalen, aus ihrer unnatürlichen Lage herauszukommen, immer geringer.

Erst der Krieg von 1866 hat diesem Zustand ein Ende gemacht. Die Schlacht von Königgrätz entschied über die Zukunft Deutschlands zugunsten der preußischen Führung und des Ausscheidens Österreichs. Gerade die Liberalen, die in überwiegender Mehrzahl auf ein kleindeutsches Reich unter Preußens Führung hingearbeitet hatten, mußten erkennen, daß der von ihnen so leidenschaftlich bekämpfte Bismarck der Mann sei, der in dieser für den Augenblick wichtigsten Frage ihre Gedanken zu verwirklichen sich anschickte, und daß sie allen Einfluß auf die Gestaltung des neuen Staatswesens verlieren würden, wenn sie weiter in der Opposition verharrten. Aber auch Bismarck selbst sah ein, daß er mit den konservativen Elementen, die im Grunde partikularistisch dachten, allein das neue Reich nicht schaffen könne, und streckte den Liberalen die Hand zur Versöhnung entgegen. Dies geschah durch das Indemnitätsgesetz, in dem die Regierung um die nachträgliche Genehmigung der in den letzten Jahren ohne gesetzmäßig bewilligtes Budget geleisteten Ausgaben nachsuchte.

Bereits bei der Frage, wie man sich zu diesem Gesetze stellen solle, brach die preußische Fortschrittspartei auseinander. Alle diejenigen, welche an der unbedingten Oberherrschaft des Parlaments über die Regierung festhielten, verwarfen das Gesetz als ungenügend; sie verlangten Garantien für die Zukunft und ein Ministerium, das nicht durch Verfassungsbruch und Kampf gegen die Parlamentsmehrheit belastet sei. Die Mehrheit der Liberalen fand jedoch den Weg zu ihren alten Idealen zurück, befreite sich von dem Bann des Gedankens der Mehrheitsherrschaft und bewilligte das Indemnitätsgesetz.

Eine große Anzahl der Männer, die für die Indemnität stimmten, war sich bereits damals darüber klar, daß damit tatsächlich der alte Parteizusammenhang zerrissen und die Gründung einer neuen liberalen Partei notwendig geworden sei. In der Erklärung, die im September 1866 24 Abgeordnete veröffentlichten, haben wir bereits die Grundzüge des späteren nationalliberalen Programms vor uns. Sie versicherten die Regierung ihres vollen Beistandes in der auswärtigen Politik, „auf welchen jede Regierung in Preußen rechnen darf, so weit sie die deutsche Einheit gegen fremde Eingriffe und heimische Sonderinteressen vorzubereiten und die Stärke

der gesamtdeutschen Macht zu erhöhen bestrebt ist". In der inneren Politik erklärten sie, wachsam die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes schützen und auf ein harmonisches Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung sowie auf eine freisinnige Verwaltung hinarbeiten zu wollen. In diesem Sinne wollten sie „die Pflichten einer wachsamen und loyalen Opposition" erfüllen, diese aber auf das Gebiet der auswärtigen Politik nicht hinübergreifen lassen.

Auf Grund dieses Programms bildete sich am 17. November die neue Fraktion der nationalen Partei. Aber erst bei den Wahlen zum ersten norddeutschen Reichstag im Januar 1867 trat die neue Gruppe vor die Wähler im Lande und erhielt für ihre Gesichtspunkte deren Billigung. Nun zeigte es sich, daß gerade die Liberalen der neuen preußischen Provinzen Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein, sowie der kleineren norddeutschen Staaten den Anschauungen dieser neuen Partei besondere Sympathien entgegenbrachten. Sie waren nicht belastet mit der Erinnerung an die Kämpfe der Konfliktszeit; sie wünschten nicht, daß diese alten vergiftenden Nachwirkungen in das neue Staatswesen mit hinübergenommen würden. So trat die neue Partei von Anfang an als eine gesamtdeutsche in das öffentliche Leben ein. Nachdem der norddeutsche Reichstag eröffnet war, konstituierten sich am 28. Februar 1867 etwa 60 liberale Abgeordnete, die auf Grund des Septemberprogramms gewählt worden waren, unter dem Vorsitz des Hannoveraners Rudolf von Bennigsen als Nationalliberale Partei. Dieser Name war zuerst von einzelnen lokalen Ausschüssen während des Wahlkampfes gebraucht worden und fand jetzt die allgemeine Anerkennung. Er drückte in glücklicher Weise die Verbindung des liberalen Grundgedankens mit einer national-deutschen Machtpolitik aus, wie sie bereits in der Erklärung vom September 1866 ausgesprochen war. Das eigentliche Parteiprogramm wurde erst einige Monate später, am 6. Juni 1867, festgestellt, als die Partei bereits durch ihre energische Mitwirkung bei der Beratung der norddeutschen Verfassung die ersten praktischen Proben ihrer Bedeutung abgelegt hatte.

Fragen wir uns, worin die Bedeutung dieser Vorgänge, der Unterschied der neuen Partei von den älteren liberalen Richtungen, namentlich von der preußischen Fortschrittspartei beruht, so läßt sich beides am besten unter folgenden drei Gesichtspunkten zusammenfassen:

1. Die Gründung der Nationalliberalen Partei bedeutet *die entschlossene Abkehr des Liberalismus vom parlamentarischen System*, d. h. von jener Anschauung, wonach die Mehrheit der Volksvertretung regieren, das Ministerium nur ein ihre Beschlüsse ausführendes Komitee sein und der König auf eine bloß repräsentative Rolle beschränkt werden soll. Diesem seinem Wesen nach demokratischen System war die Fortschrittspartei in immer steigendem Maße verfallen. Die Liberalen besannen sich nur auf ihre alten Grundsätze, als sie sich von ihm abwandten und sich zu dem konstitutionellen System bekannten, das Herrscher und Volks-

vertretung als gleichberechtigte Faktoren im Staatsleben ansieht. Die Abkehr trat äußerlich darin zutage, daß die Nationalliberale Partei dasselbe Ministerium in der auswärtigen Politik unterstützte, dem sie in der inneren Politik Opposition machte. Ein solches Verhältnis zu einem Ministerium ist für den Anhänger des parlamentarischen Systems völlig undenkbar. Er kann dem Ministerium nur im Ganzen sein Vertrauen schenken, wenn es seiner Partei angehört, oder es im ganzen bekämpfen, wenn dies nicht der Fall ist.

2. Hierin lag zugleich ein Verzicht auf die bisherige Methode des politischen Kampfes. Die älteren Liberalen hatten meist geglaubt, daß ihre Ideale nur auf dem Wege verwirklicht werden könnten, daß eine wahrhaft liberale Regierung ans Ruder komme und Politik und Gesetzgebung des Staates von Grund auf nach einheitlichen Gesichtspunkten umgestalte. Indem man sich entschloß, mit einem Minister zusammenzuarbeiten, der durchaus nicht liberal war, wohl aber hoffen ließ, daß er einzelnen liberalen Forderungen Rechnung tragen werde, wenn man nur seine auswärtige Politik unterstütze, betrat man den Weg *einer allmählichen und schrittweisen Durchsetzung der liberalen Forderungen durch das Mittel fortwährender Kompromisse.* Das war gewiß ein recht langwieriger, manche Entsagung und manche Mißdeutung auferlegender Weg, aber der einzige, auf dem für den Liberalismus in Deutschland überhaupt noch etwas zu erreichen war, nachdem seine Versuche, die Staatsgewalt zu erobern, mißlungen und Wiederholungen für absehbare Zeit aussichtslos waren.

3. In der Unterstützung von Bismarcks auswärtiger Politik lag nicht nur die Anerkennung der Tatsache, daß man die *Vollendung der Einheit als die bei weitem wichtigste Aufgabe der Gegenwart* betrachte und sich verpflichtet fühle, den Mann, der sie lösen könne, trotz aller sonstigen Verschiedenheit der Anschauungen auf jeden Fall zu unterstützen, sondern es lag darin auch bereits ein Ergebnis der politischen Erziehung, die der Liberalismus durch Bismarck und durch die Ereignisse der letzten Jahre erfahren hatte. Ihr Hauptergebnis war die *größere Würdigung des staatlichen Machtgedankens.* Freilich hatte das Verständnis dafür dem Liberalismus niemals ganz gefehlt; aber es war im Laufe der unausgesetzten Verfassungskämpfe überwuchert worden von der Vorstellung, daß für einen Staat das Wesentlichste eine den liberalen Grundanschauungen entsprechende Verfassung und Verwaltung sei. Jetzt erst lernte man endgültig einsehen, daß auch die beste innere Einrichtung den Staat nicht vor der Ohnmacht und dem Untergang schützen kann, wenn es ihm an der nötigen Macht fehlt, um sich im Kampf ums Dasein den übrigen Staaten gegenüber selbst zu behaupten. Man hatte sich jetzt zu der Erkenntnis durchgerungen, *daß die Sicherung der staatlichen Machtstellung das unbedingt Erste und Notwendigste, die innere Ausgestaltung erst das Zweite ist.*

In allen diesen Punkten blieb der Rest der alten Fortschrittspartei ebenso wie die süddeutsche Demokratie auf dem früher von der Mehrheit der Liberalen vertretenen Standpunkt stehen. Sie verharrten in der unklaren Mischung liberaler und demokratischer Gesichtspunkte, die den Untergang der preußischen Fortschrittspartei zum großen Teil mitverschuldet hatte; sie geriet deshalb von neuem in die Lage, eine unfruchtbare und erfolglose Oppositionspolitik treiben zu müssen, während die nationalliberale Partei an den Grundlagen des neuen deutschen Reichs aktiv mitarbeiten und ihre Ausgestaltung sehr wesentlich beeinflussen konnte.



## 2. Die große Zeit der Nationalliberalen Partei.

Schon bei der Ausgestaltung der Verfassung des Norddeutschen Bundes hat die neue nationalliberale Partei den Beweis ihrer Arbeitsfähigkeit erbracht. Der Entwurf, den Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen vorlegte, wollte der Volksvertretung in dem neuen Staatswesen nur eine sehr geringe Bedeutung gewähren. Durch einen eisernen Militäretat sollte der größte Teil der Ausgaben des Bundes von der Bewilligung des Reichstages unabhängig gemacht werden; wenn die eigenen Einnahmen des Bundes aus Post, Telegraphie und indirekten Steuern für den Bedarf nicht ausreichten, sollte das Präsidium nach Bedarf Matrikularumlagen von den Einzelstaaten erheben dürfen; eine dem Reichstag verantwortliche Regierungsstelle war überhaupt nicht vorgesehen. Es ist im Wesentlichen das Verdienst der nationalliberalen Partei und ihrer Führer Bennigsen und Lasker gewesen, daß eine Veränderung dieses Entwurfs in den wichtigsten Punkten durchgesetzt wurde. Wenn gegenwärtig Verträge und Bündnisse mit fremden Staaten der Genehmigung des Reichstages bedürfen, wenn die Redefreiheit der Abgeordneten und die Wählbarkeit der Beamten zum Parlament gesichert ist, wenn ein verantwortlicher Reichskanzler der Volksvertretung gegenübersteht, wenn die Erhebung der Matrikularbeiträge nur auf Grund eines vom Reichstag genehmigten Budgetgesetzes stattfinden darf, wenn endlich die Festsetzung der Ausgaben für das Heer ebenfalls der Bewilligung des Reichstags unterstellt worden ist, so geht das alles auf Anträge der nationalliberalen Partei zurück. Diese wurden meist von den gemäßigten Konservativen unterstützt, während die Fortschrittspartei der ganzen Verfassung, die ihren Idealen nicht entsprach, eine unfruchtbare Opposition entgegensetzte. Nimmt man noch hinzu, daß auch die Erweiterung der Kompetenz des Reiches auf das Staatsbürgerrecht, das Paßwesen, die Fremdenpolizei, das Recht zur Herstellung von Land- und Wasserstraßen, das Obligationen- und Strafrecht und das gerichtliche Verfahren auf derartige Anträge zurückzuführen ist, so sieht man, einen wie außerordentlich großen Anteil die nationalliberale Partei an der Ausgestaltung unserer Verfassung gehabt hat. Denn alle diese Bestimmungen der norddeutschen Verfassung sind in unsere heutige Reichsverfassung übergegangen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß nach dem Entwurfe der Regierungen der Reichstag überhaupt nur scheinbare Rechte, eine mehr dekorative Stellung haben sollte, und daß erst durch die Beratungen im nord-

deutschen Parlament dem Reichstag ein wirklicher Einfluß auf die Leitung des neuen Staatswesens gesichert worden ist. Dies entsprach durchaus dem alten liberalen Wunsche möglichster Gleichberechtigung von Regierung und Volksvertretung.

In den Jahren nach der Begründung des norddeutschen Bundes, als Deutschland durch die Mainlinie getrennt war und viele gute Patrioten fürchteten, daß diese Trennung eine dauernde sein würde, ist es die nationalliberale Partei gewesen, die bei jeder Gelegenheit ausgesprochen hat, daß die Vollendung der deutschen Einheit das selbstverständliche Ziel sein müsse. So oft sich ein Anlaß bot, suchte sie Bismarck zu Schritten zu drängen, die Deutschland diesem Ziele entgegenführen sollte. Namentlich versuchten sie die Aufnahme Badens, die von dortaus lebhaft gewünscht wurde, zu bewirken, vermochten sie aber gegenüber dem Widerstreben Bismarcks, der die Zeit für einen solchen Schritt noch nicht für gekommen hielt, nicht durchzusetzen. Dagegen unterstützten sie aufs eifrigste die Wiederaufrichtung und Neugestaltung des Zollvereins. Durch die Einführung des Zollparlaments erhielt er ein volkstümliches Element, das zugleich dazu diente, die Bevölkerung des Nordens und des Südens in engere persönliche Fühlung zu bringen. Ebenso unterstützte die Partei die auswärtige Politik Bismarcks; dies trat gelegentlich der Luxemburger Frage, die den Norddeutschen Bund im Jahre 1867 bis nahe an die Gefahr eines Krieges mit Frankreich brachte, besonders hervor.

Gleichzeitig waren die Nationalliberalen bemüht, engere Fühlung mit den ähnlich gesinnten Elementen in den süddeutschen Staaten zu gewinnen, um so ein gemeinsames Vorgehen in den verschiedenen Parlamenten und eine Beeinflussung der Volksstimmung in gleicher Richtung zu ermöglichen. Daß diese Bemühungen keineswegs ohne Bedeutung und Erfolg gewesen sind, hat sich im Jahre 1870 gezeigt, wo das Zusammenarbeiten der liberal und national gesinnten Schichten in Nord- und Süddeutschland sehr viel dazu beigetragen hat, eine einheitliche, die Politik Bismarcks unterstützende Volksstimmung hervorzurufen.

Freilich legten die großen Ereignisse dieses Jahres auch der nationalliberalen Partei manche Entsagung auf. Viele hätten eine weitere Umgestaltung der Verfassung bei dieser Gelegenheit gewünscht; namentlich die Einführung eines verantwortlichen Reichsministeriums an Stelle des allein verantwortlichen Reichskanzlers wurde von vielen Liberalen für wünschenswert gehalten. Aber Bismarck lehnte alle derartigen Forderungen rundweg ab. Auch die Zugeständnisse, die Bismarck bei den Einigungsverhandlungen den größeren süddeutschen Staaten, namentlich Bayern machte, und die in den sogenannten Reservatrechten festgelegt wurden, erregten bei vielen Liberalen des Nordens lebhafte Bedenken. Man sah darin einen Sieg partikularistischer Gesichtspunkte über den Einheitsgedanken. Da man sich aber sagen mußte, daß eine Ablehnung dieser Vertragsbestimmungen höchst wahrscheinlich den Rücktritt Bayerns von den ganzen Vereinbarungen be-

wirken, und daß Württemberg vielleicht diesem Beispiel folgen würde, so entschloß man sich zuletzt doch, die Verträge unverändert anzunehmen.

Auch nach der Begründung des Reiches blieben die bisherigen engen Beziehungen zwischen Bismarck und der nationalliberalen Partei bestehen. Nicht als ob Bismarck jemals den Liberalen innerlich nahe gestanden hätte; aber er brauchte ihre Unterstützung, weil sie damals die stärkste Gruppe im Reichstag bildeten, weil er sich mit den Konservativen, seinen alten Gesinnungsgenossen, seit den norddeutschen Annexionen verfeindet hatte und in dem Zentrum einen erbitterten Gegner seiner Politik und seines Werkes erblickte. Durch die Unterstützung seiner auswärtigen Politik und die Bewilligung der notwendigen Bedürfnisse für Heer und Flotte auf sieben Jahre, das sogenannte Septennat, erreichte die nationalliberale Partei, daß Bismarck ihr auch weiterhin in den Fragen der inneren Politik weitgehendes Entgegenkommen bewies. Die ganze Gesetzgebung aus der Zeit des Norddeutschen Bundes und aus den ersten Jahren des neuen deutschen Reiches ist von liberalem Geiste erfüllt. Die Preßfreiheit und das Vereinsrecht wurden gesichert und damit alte liberale Forderungen erfüllt. Die Herstellung der vollen Einheit des bürgerlichen und Strafrechts, die den Regierungen 1873 mühsam abgerungen wurde, bedeutete einen Sieg des liberalen und nationalen Gedankens. In wirtschaftlicher Beziehung suchte die Gesetzgebung dieser Zeit die aus früheren Jahrhunderten überlieferten Schranken der freien Betätigung des einzelnen möglichst zu beseitigen; mag man dabei auch in diesem oder jenem Punkte zu weit gegangen sein, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß die gewaltige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, die wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, kaum denkbar gewesen wäre ohne ein modernes Wirtschaftsrecht, wie es die Gesetzgebung dieses Jahrzehntes geschaffen hat. Auch für die Einheitlichkeit unseres Geld- und Bankwesens wurden damals die Grundlagen gelegt.

Auch in den Einzelstaaten trat die nationalliberale Partei nach Kräften für den Ausbau der Selbstverwaltung in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ein und unterstützte Bismarck lebhaft in dem sogenannten Kulturkampf, den sie vor allen Dingen als einen Kampf für die Unabhängigkeit des Staates von kirchlichen Einflüssen und für die Sicherung seines nationalen Charakters gegen internationale Bestrebungen auffaßte. Zweifellos haben daneben auch andere Motive mitgewirkt; sicherlich haben manche Vorkämpfer des Liberalismus den Kern des Konfliktes in dem Kampf für die geistige Freiheit gegen Autoritätsglauben und priesterliche Bevormundung gesehen; aber für die Partei als solche waren jene politischen Motive maßgebend.

Trotz aller Zugeständnisse, die in Einzelfragen gemacht werden mußten, um die Fühlung mit dem leitenden Staatsmanne nicht zu verlieren, kann man doch sagen, daß Gesetzgebung und innere Politik in dem ganzen Jahrzehnt von 1867 bis 1877 vom Geiste des gemäßigten Liberalismus durchdrungen und getragen waren. Was damals von liberalen Anschauungen in die Verfassung und Gesetzgebung unseres Reiches hineingeschmolzen

worden ist, hat trotz aller Bemühungen später niemals wieder daraus vertilgt werden können. Es hätte aber niemals erreicht werden können von einer Partei, die sich gegenüber dem Gründer des Reiches, dem großen Führer unserer auswärtigen Politik prinzipiell in der Opposition gehalten hätte, weil er kein liberaler Parteimann war. *Der Zerfall der alten Fortschrittspartei und die Gründung der nationalliberalen Partei war die notwendige Voraussetzung dafür, daß so viele liberale Bestandteile in die Grundmauern unseres Reiches aufgenommen werden konnten.*

Die Stärke der nationalliberalen Partei beruhte im wesentlichen darauf, daß ihre Politik bei den liberalen Elementen im Lande lebhafte Zustimmung fand. Im Jahre 1871 wurden 120, 1874: 152, 1877: 127 nationalliberale Abgeordnete gewählt, ohne Einrechnung der ihnen nahestehenden Gruppen. 1871 wurden 1 128 000, 1874: 1 394 000, 1877: 1 446 000 Stimmen für die Partei abgegeben, etwa der vierte Teil aller abgegebenen Stimmen überhaupt. Es waren namentlich die Schichten des oberen und mittleren Bürgertums, die den Nationalliberalen anhingen; dazu kamen im Nordwesten viele ländliche Wahlstimmen, und zweifellos hat damals auch noch ein Teil der Arbeiterschaft entweder nationalliberal oder fortschrittlich gestimmt. Man darf freilich nicht verkennen, daß die Wahlbeteiligung damals noch eine verhältnismäßig geringe war; 1871 hielten sich 49 Prozent, 1874 und 1877 39 Prozent aller Wahlberechtigten von der Wahlurne fern. Immerhin konnte es damals scheinen, als ob ein so beträchtlicher Teil des deutschen Volkes geschlossen hinter der nationalliberalen Partei stehe, daß deren Stellung im Parlament auf absehbare Zeit hinaus gesichert sei. Trotzdem brachten die nächsten Jahre der Partei eine schwere Krisis, von deren Folgen sie sich niemals wieder ganz hat erholen können.

## 3. Die Krisis der Nationalliberalen Partei.

Den Anlaß dazu bildete die Veränderung des Verhältnisses der Partei zu Bismarck und damit zur Reichsregierung. Sie ging aus von den Differenzen über wirtschaftliche und soziale Fragen.

Bismarcks Hauptsorge in der inneren Politik war es damals, das neugegründete Reich finanziell fest auf die eigenen Füße zu stellen und gegen alle Gefahren zu sichern. Da er wußte, daß die Einzelstaaten nur sehr schwer zum Verzicht auf einen Teil der direkten Steuern zu bewegen sein würden, so suchte er die Deckung für die immer steigenden Ausgaben des Reiches durch eine Erhöhung der eigenen Einnahmen und der indirekten Abgaben zu erreichen. Sein erster Plan, die Übernahme des gesamten Eisenbahnwesens auf das Reich, scheiterte an dem Widerstand der Einzelstaaten, fand aber auch im Reichstag keine erhebliche Unterstützung. Die Liberalen widerstrebten einer Ausdehnung der Staatsbetriebe, die ihnen mit dem Prinzip der freien Konkurrenz nicht vereinbar und gerade bei den Verkehrsanstalten nicht im Interesse des Publikums gelegen zu sein schienen. Sein zweiter Gedanke, das Tabakmonopol für das Reich einzuführen, begegnete ebenso dem Widerstreben der Liberalen, die wiederum von dem Grundsatz der freien Konkurrenz aus staaliche Monopole nicht wünschten, und überhaupt der Ansicht waren, daß direkte Steuern den Vorzug vor indirekten Ausgaben verdienten. Wenn Bismarck sich zuletzt entschloß, die nötigen Mittel durch eine Erhöhung der Zölle zu gewinnen, so war für ihn entscheidend, daß damals, ganz unabhängig von den finanziellen Bedürfnissen des Reiches aus den leitenden Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft gleichzeitig der Ruf nach Schutzzöllen erhoben wurde. Die gewaltig heranwachsende Großindustrie wollte gegen die Konkurrenz der englischen Waren geschützt sein, um sich zunächst den heimischen Markt vollständig zu erobern; die Landwirtschaft aber sah sich durch die wachsende Konkurrenz der ausländischen Getreideeinfuhr und die steigende Verteuerung der Arbeitskräfte in eine Lage gedrängt, welche die Rentabilität ihrer Betriebe in Frage stellte. Indem Bismarck die Berechtigung dieser Wünsche anerkannte und in deren Erfüllung zugleich die einzige Möglichkeit sah, nach dem Scheitern seiner früheren Pläne die Finanzen des Reichs auf eine gesunde Grundlage zu stellen, gelangte er zu dem Entschluß, die Reform des Zolltarifs auf jeden Fall und jedem Widerspruch gegenüber durchzusetzen.

Gleichzeitig plante Bismarck die Einleitung einer zielbewußten Sozialpolitik. Das mächtige Anwachsen der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft, sowie deren Hinneigung zu sozialdemokratischen Anschauungen hatte längst seine Aufmerksamkeit und seine Bedenken erregt. Er sah die Zukunft und Machtstellung des deutschen Volkes gefährdet, wenn es nicht gelinge, Mittel zur Ausgleichung des immer schärfer werdenden Zwiespalts zu finden. Er faßte zwei Reihen von Maßregeln gleichzeitig ins Auge: während eine scharfe Ausnahmegesetzgebung jede Agitation für antimonarchische und die Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung untergrabende Bestrebungen unmöglich machen sollte, wollte er zugleich den nach seiner Ansicht berechtigten Forderungen der Arbeiter durch die Einrichtung eines großen vom Reiche verwalteten Systems von Versicherungen gegen Invalidität, Krankheit, Alter und Unfälle entgegenkommen. Auch die Durchsetzung dieser sozialen Maßregeln schien ihm eine so dringende Notwendigkeit für die Sicherung der Zukunft unseres Volkes zu sein, daß er entschlossen war, sich durch keinen Widerspruch darin beirren zu lassen.

Den Versuchen zu einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokraten hatten die Liberalen schon mehrmals Widerstand entgegengesetzt, weil sie eine derartige gegen bestimmte Gesinnungen gerichtete Gesetzgebung für unvereinbar mit dem Grundgedanken der politischen Freiheit hielten und darin zugleich einen gefährlichen Präzedenzfall sahen, der später auch anderen Parteien gegenüber Nachahmung finden könnte. Daß ein großer Teil von ihnen auch der staatlichen Zwangsversicherung als einem unzulässigen Eingriff des Staates in die wirtschaftliche Freiheit, und ebenso einer Erhöhung der Zölle als einem Abfall von dem gepriesenen System des Freihandels abgeneigt sein werde, ließ sich ohne weiteres voraussetzen. Es war für Bismarck die Frage, ob es möglich sein werde, diese Abneigung zu überwinden und einen so erheblichen Teil der nationalliberalen Partei für seine Pläne zu gewinnen, daß er stark genug sei, um zusammen mit den Konservativen deren Annahme im Reichstag zu sichern.

Längere Zeit hat Bismarck mit Bennigsen über diese Möglichkeit verhandelt; er bot ihm sogar einen Sitz im Ministerium an. Aber schließlich scheiterte dieser Versuch einer Verständigung. Bennigsen konnte nicht ohne Befragung seiner Parteigenossen annehmen, und diese stellten die Bedingung, daß noch zwei andere nationalliberale Mitglieder in das Ministerium aufgenommen werden müßten. Dies wollte Bismarck auf keinen Fall bewilligen; es würde für ihn schon sehr schwierig gewesen sein, bei dem alten Kaiser die Ernennung Bennigsens allein durchzusetzen; außerdem wünschte er persönlich nicht, an der Spitze eines Ministeriums zu stehen, das eine ausgesprochen nationalliberale Färbung trage. Aber auch abgesehen von dieser Frage hätte die Verständigung scheitern müssen; denn Bennigsen konnte nicht die Garantie dafür übernehmen, daß ein ausreichend großer Teil seiner Parteigenossen für Bismarcks Zoll- und Finanzreformen stimmen

werde. Die meisten von ihnen sahen die ganze Verhandlung höchst ungern und atmeten erleichtert auf, als sie gescheitert war.

So war zu Anfang des Jahres 1878 eine außerordentlich gespannte Lage entstanden. Bismarck war ohne Zweifel entschlossen, seine Pläne auch gegen die nationalliberale Partei durchzusetzen, und es handelte sich für ihn nur darum, den geeigneten Zeitpunkt für den offenen Bruch und die richtige Wahlparole für eine Neuwahl zu finden. Beides gewährten ihm die Attentate, die im Frühjahr und Sommer dieses Jahres auf den alten Kaiser Wilhelm gemacht wurden.

Nachdem der Klempnergeselle Hödel im Mai 1878 auf den Kaiser geschossen, ihn aber nicht getroffen hatte, beeilte sich Bismarck, die Möglichkeit dieser unsinnigen Tat auf die das Volk verhetzende sozialdemokratische Agitation zurückzuführen. Er legte sofort dem Reichstage den Entwurf zu einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie vor. Die Liberalen aller Schattierungen lehnten jedoch auch jetzt ein Ausnahmegesetz ab und wollten höchstens für eine Ergänzung des gemeinen Rechtes in der von Bismarck gewünschten Richtung eintreten. Der Entwurf konnte die Mehrheit im Reichstag nicht erlangen.

Da erfolgte im Juni das zweite Attentat des Dr. Nobiling, bei dem der Kaiser schwer verwundet wurde, so daß er auf längere Zeit die Regierung dem Kronprinzen übergeben mußte. Da Nobiling wenigstens die Bekanntschaft mit der sozialdemokratischen Literatur nachgewiesen werden konnte, so schien hier eine deutliche Bestätigung des Zusammenhanges zwischen diesen Mordversuchen und der sozialdemokratischen Agitation gegeben zu sein. Es schien berechtigt, die Liberalen dafür verantwortlich zu machen, daß nicht rechtzeitig die nötigen Vorsichtsmaßregeln dagegen ergriffen worden seien. Bismarck beschloß daher, die allgemein im Lande herrschende Erregung zur Beseitigung der liberalen Mehrheit zu benutzen; er löste den Reichstag auf; die Neuwahlen fanden unter der Parole statt, daß diejenigen nicht wieder gewählt werden dürften, die gegen das Ausnahmegesetz gestimmt hätten.

In der Tat erlitten die Liberalen bei den Wahlen vom 30. Juli 1878 eine schwere Niederlage. Sie verloren 40 Sitze, die Nationalliberalen allein 21; die meisten davon gewannen die Konservativen. In dem neuen Reichstag verfügten die Nationalliberalen nicht einmal mit dem Fortschritt und den Freikonservativen zusammen über die Mehrheit. Freilich war es ebenso schwierig, eine Mehrheit ohne die Nationalliberalen zu bilden, so lange das Zentrum der Regierung in unbedingter Feindschaft gegenüber stand.

Die nationalliberale Partei zog aus dem Ergebnis der Wahlen die Folgerung, daß ihre Wähler den Erlaß eines Ausnahmegesetzes billigten, und entschloß sich, ihren Widerspruch dagegen fallen zu lassen, nachdem die Regierung einige Milderungen der ursprünglich geplanten Bestimmungen zugestanden und in die Beschränkung der Geltungsdauer auf drei Jahre gewilligt hatte. Am 18. Oktober wurde das Gesetz im Reichstag im

Wesentlichen durch die Unterstützung der nationalliberalen Partei angenommen.

Damit hatte Bismarck in einem Punkte seinen Willen durchgesetzt; die Frage war nun, ob es ihm auch in den Finanzfragen gelingen werde. Sicher ist es nicht ohne sein Wissen geschehen, daß sich im Herbst 1878 eine „Freie wirtschaftliche Vereinigung" bildete, die aus Abgeordneten aller Parteien bestand, und deren Programm lediglich die Reform des Zolltarifs in schutzzöllnerischem Sinne war. Es war für die Liberalen überraschend, daß die Mehrheit aller Abgeordneten sich dieser Vereinigung anschloß. Ermöglicht wurde das durch die Haltung des Zentrums, mit dem Bismarck inzwischen in Unterhandlungen getreten war; es war bereit, die Zollpolitik der Regierung zu unterstützen, wenn der Kulturkampf aufgegeben werde.

Die nationalliberale Partei sah sich ein Bündnis zwischen den Konservativen und dem Zentrum vorbereiten, das, wenn es von Dauer war, den Einfluß der liberalen Gruppen dauernd lahm legen mußte. Sie vermochte aber nicht, den Entschluß zu fassen, durch Bewilligung des Zolltarifs die Fühlung mit der Regierung zu erhalten und das Bündnis mit dem Zentrum überflüssig zu machen. Namentlich der linke Flügel der Partei unter Führung von Lasker und Forckenbeck trat nach wie vor entschieden für den Freihandel ein und griff Bennigsen offen an, weil er zum Entgegenkommen gegen Bismarcks Wünsche bereit sei.

In der Tat wäre Bennigsen wohl geneigt gewesen, auch in dieser Frage Bismarck nachzugeben, falls sich der Kanzler hätte bereit finden lassen, diejenigen Garantien für das Budgetrecht des Reichstages zu geben, welche die Liberalen für notwendig hielten. Wenn durch die Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern die dauernden Einnahmen des Reiches derartig wuchsen, daß aus ihnen ohne die Erhebung von Matrikularbeiträgen alle Ausgaben des Reiches gedeckt werden konnten, so war das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags völlig illusorisch geworden. Daher verlangte Bennigsen, daß einige bewegliche, jährlich zu bewilligende Finanzsteuern in das Programm aufgenommen würden. Hierzu aber wollte sich Bismarck nicht verstehen, da es ihm nicht sicher schien, daß ein solches Zugeständnis ihm bei der offen ausgesprochenen Gegnerschaft des linken Flügels der Partei gegen jede Zollerhöhung die zur Herstellung der Mehrheit notwendige Anzahl von nationalliberalen Stimmen sichern würde. Er zog es vor, sich endgültig mit dem Zentrum zu verständigen, obwohl auch dieses konstitutionelle Garantien forderte. Nur waren diese hier dem damaligen Gesamtcharakter der Partei entsprechend, partikularistisch gefärbt. Sie bestanden in der sogenannten Frankensteinschen Klausel, wonach alle Einnahmen aus den Zöllen und der Tabaksteuer, welche den Betrag von 130 Mill. Mark übersteigen, den Einzelstaaten überwiesen werden sollten. Entstehe dadurch ein Defizit im Reichsetat, so sollte dieser entsprechend der bisherigen Übung durch die Erhebung von Matrikularbeiträgen ausgeglichen werden.

Sobald Bennigsen erfuhr, daß Bismarck diese Klausel anzunehmen bereit sei, beschloß auch er, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, da er hierin einen Verstoß gegen den Einheitsgedanken erblickte. Bei der entscheidenden Abstimmung vom 12. Juli 1879 stimmten nur 15 Mitglieder der nationalliberalen Partei für den Entwurf, weil sie es unter allen Umständen für falsch hielten, sich in die alte unfruchtbare Oppositionsstellung zurückwerfen zu lassen. Sie traten gleichzeitig aus der Fraktion aus und bildeten eine eigene unabhängige Gruppe, die freilich in allen nicht die Wirtschaftspolitik betreffenden Fragen mit der nationalliberalen Partei zusammenhielt.

Daß solche Sorgen nicht unberechtigt waren, zeigte der weitere Gang der Dinge aufs deutlichste. Bismarck sah sich nicht nur genötigt, aus Rücksicht auf das Zentrum den Kulturkampf abzubrechen, sondern er machte auch in der inneren Politik den Konservativen ein Zugeständnis nach dem andern. Die begonnene Reform der preußischen Verwaltung geriet vollständig ins Stocken, die Bestrebungen nach Einschränkung der Gewerbefreiheit durch die Errichtung von Zwangsinnungen, Befähigungsnachweis und künstlicher Erneuerung des alten Zunftwesens gewannen fortwährend an Boden. Auch der Versuch, im Reiche zweijährige Etatperioden anstelle der einjährigen einzuführen und damit das finanzielle Mitwirkungsrecht des Reichstages herabzudrücken, bewegte sich in derselben Richtung. Allen diesen Bestrebungen trat die nationalliberale Partei im Bunde mit den weiter links stehenden Liberalen entgegen, vermochte aber nur in der letzten Frage einen wirklichen Erfolg zu erzielen.

Das Schlimmste aber war, daß durch alle diese Vorgänge die Einigkeit innerhalb der Partei vollständig verloren gegangen war. Schon die Vorgänge während der Verhandlungen Bennigsens mit Bismarck und später während der Beratung über das Zollgesetz hatten dies deutlich gezeigt. Nur die Einfügung der Frankensteinschen Klausel durch das Zentrum, die auch Bennigsen und seine Gesinnungsgenossen erbitterte, hat es verhindert, daß schon damals die Partei in zwei etwa gleichstarke Gruppen auseinander fiel. Aber der schon erwähnte Austritt von 15 Mitgliedern bedeutete bereits eine ernste Zersetzungserscheinung, der bald weitere folgten. Der linke Flügel der Partei drängte, je offenkundiger die Regierung in das konservative Fahrwasser einlenkte, desto stärker darauf hin, daß auch die nationalliberale Partei in eine entschiedene Oppositionsstellung treten müsse, während Bennigsen und seine Freunde versuchen wollten, trotzdem die frühere Fühlung mit Bismarck wieder herzustellen und ihn dadurch von der völligen Hingabe an die innere Politik der Konservativen und des Zentrums abzuhalten. Da das Verhältnis Bismarcks zum Zentrum immer ein recht gespanntes blieb, so erschien eine solche Politik keineswegs völlig aussichtslos und gewährte die Möglichkeit, daß im geeigneten Zeitpunkt die nationalliberale Partei ihre frühere Stellung wiedergewinnen könne. Aber der linke Flügel, jetzt von Rickert und Bamberger geführt, glaubte, daß eine solche Politik von den Wählern nicht verstanden werden würde, daß sie überall im Lande als ein

Abfall von den liberalen Grundgedanken beurteilt werden und bei den nächsten Wahlen den Verlust einer großen Anzahl von Mandaten zur Folge haben würde. Da sie mit dieser Auffassung bei Bennigsen keine Zustimmung fanden, vollzogen sie am 28. August 1880 ihren Austritt aus der Partei. Die Kundgebung, mit der sie sich als eine besondere „Liberale Vereinigung" konstituierten, erklärte Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung und Festhalten an der nicht leicht errungenen politischen Freiheit für die gemeinsame Aufgabe der liberalen Parteien. Nur auf der gesicherten Grundlage wirtschaftlicher Freiheit sei die materielle Wohlfahrt der Nation dauernd verbürgt, und nur unter Wahrung der konstitutionellen Rechte, sowie unter Abweisung aller die ärmeren Klassen belastenden Abgaben und Zölle dürfe die Reform des Reichssteuerwesens erfolgen.

Die 28 Unterzeichner dieser Erklärung hofften ohne Zweifel, daß es ihnen gelingen werde, auf der Grundlage ihres Programms allmählich sämtliche liberale Gruppen zu einer großen Partei zu vereinigen. Sie haben sich darin bitter getäuscht und nur zur weiteren Zersplitterung und Schwächung des deutschen Liberalismus beigetragen.

Das zeigte sich vor allen Dingen bei den neuen Reichstagswahlen von 1881. Die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten sank auf 47, während die um Bamberger und Rickert gescharten Sezessionisten ebenso viele Sitze errangen und die Fortschrittspartei 59 Mandate davontrug. Die Stellungnahme der Partei gegen den Schutzzoll hat ihr eine Reihe von süddeutschen Mandaten gekostet. In dem neuen Reichstag war noch mehr als in dem vorhergehenden das Zentrum die ausschlaggebende Partei, weil es an einer großen, geschlossenen liberalen Mittelpartei fehlte.

Dies zeigte sich namentlich bei der Behandlung der sozialen Fragen, die in den folgenden Jahren durchaus im Vordergrunde des Interesses stand. Damals trat Bismarck mit dem zweiten Teil seines sozialpolitischen Programms hervor. Dem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie sollte die Versicherungsgesetzgebung zugunsten der Arbeiter folgen. Durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 wurden diese Gesetze in feierlicher Weise angekündigt. Während aber die Nationalliberalen sich bereit zeigten, auf den Grundgedanken einer Zwangsversicherung unter Mitwirkung und Garantie des Reiches einzugehen, erklärten sich die Sezessionisten und die Fortschrittspartei nach wie vor gegen eine solche Gesetzgebung, weil sie einen unzulässigen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter darstelle. Wenn die Trennung Bambergers und seiner Freunde von ihrer alten Partei nicht schon früher erfolgt wäre, so würde sie ohne Zweifel bei dieser Gelegenheit eingetreten sein. Die Zwietracht der Liberalen ermöglichte es aber dem Zentrum, gerade einen wichtigen Teil des Bismarckschen Gedankens zu Fall zu bringen. Es gab seine Zustimmung, ohne die das Gesetz nicht zustande kommen konnte, nur unter der Bedingung, daß die Mitwirkung des Reiches entweder ganz ausgeschaltet oder doch auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden müßte. Die Kämpfe um die

Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung haben sich bekanntlich jahrelang hingezogen, und wenn das große Werk schließlich nicht in dem einheitlichen Geiste durchgeführt und in die enge Verbindung mit dem Reichsgedanken gebracht worden ist, die Bismarck vorschwebten, so ist die Uneinigkeit der liberalen Gruppen untereinander daran zu einem großen Teile mitschuldig gewesen. Bennigsen selbst, der deutlich empfand, daß seine in früheren Zeiten so erfolgreiche Politik bei den Wählern nicht mehr den alten Beifall finde und darum auch auf die Regierung nicht mehr den gleichen Einfluß üben könne, zog sich seit 1883 mehr und mehr von der parteipolitischen Tätigkeit zurück.

Fragen wir nach den letzten Ursachen, welche diese Krisis der nationalliberalen Partei herbeigeführt haben, so werden wir sie vor allen Dingen darin erblicken müssen, daß seit dem Ende der siebziger Jahre an Stelle der rein politischen die wirtschaftlichen Fragen mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Lebens traten, und daß der deutsche Liberalismus auf diese Fragen noch in einer Weise eingestellt war, die aus der älteren Zeit herstammte, wo die theoretische Behandlung überwog und die tatsächlichen Verhältnisse vielfach noch ganz andere waren. Das Grundprinzip des älteren Liberalismus in der wirtschaftlichen und sozialen Frage, war die unbedingte Nichteinmischung des Staates in die Freiheit der Betätigung des Einzelnen, die allein volle Ausnutzung aller Kräfte sichern könne. Es entstammte der sogenannten klassischen englischen Nationalökonomie und fand namentlich bei den Unternehmern, die als die wirtschaftlich Stärkeren von der vollen Freiheit der Konkurrenz den größten Vorteil hatten, lebhafte Zustimmung. Daß auch ein starkes Interesse des Staates an der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vorhanden sei, und daß dies unter Umständen ein Eingreifen erfordern könne, war den Liberalen noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Der moderne Staat beruht im letzten Grunde auf der freiwilligen Hingabe seiner Bürger; es kann für ihn keine stärkere Bedrohung der Grundlagen seiner Macht geben, als wenn sich unter seinen Bürgern Gruppen bilden, die einander mehr hassen und bekämpfen, als sie sich durch das gemeinsame Volkstum dem Auslande gegenüber verbunden fühlen. Eine solche Gefahr aber droht den modernen Staaten durch die industrielle Entwicklung mit ihrer Schöpfung gewaltiger Großbetriebe, ungeheurer Kapitalien auf der einen und eines nach Millionen zählenden besitzlosen Arbeiterproletariats auf der anderen Seite. Wenn der Staat danach strebt, diesen Gegensatz auszugleichen, ihn wenigstens nicht so stark werden zu lassen, daß er zu einem Vernichtungskrieg auf Leben und Tod zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen ausartet, so erfüllt er nur eine elementare Pflicht gegen sich selbst; denn seine Existenz und seine Macht stehen auf dem Spiel und damit auch die Existenz und Geltung des Volkstums, dem er dient, wenn jene innere Kluft völlig unüberbrückbar wird, und wenn der Gegensatz dieser Schichten schließlich in offenen Kampf mit den Mitteln physischer Gewalt ausartet und das Land in den Strudel der Revolution stürzt.

Während die Liberalen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der reinen Verfassungsfragen allmählich gelernt hatten, dem Machtgedanken als dem Grundprinzip alles staatlichen Lebens Rechnung zu tragen, waren sie auf wirtschaftlichem Gebiet noch nicht zu der gleichen Erkenntnis gelangt, sondern huldigten noch doktrinären Ideen, die von einer feststehenden prinzipiellen Überzeugung aus das für die Erhaltung der Staatsmacht Notwendige verwarfen.

Als nun in den Steuer- und Zollfragen und in der Frage der sozialpolitischen Gesetzgebung die großen wirtschaftlichen Umwandlungen der letzten Jahrzehnte ihre Wirkungen auszuüben begannen, da erwies sich der größte Teil der Liberalen zunächst als unzugänglich für den politischen Machtgesichtspunkt. Nur der rechte Flügel der nationalliberalen Partei war bereit, im großen und ganzen auf Bismarcks Pläne einzugehen, aber nicht stark genug, um den widerstrebenden linken Flügel mit sich zu reißen. Der schwächliche Versuch, die Partei dadurch zusammenzuhalten, daß man die wirtschaftlichen und sozialen Fragen für Dinge erklärte, welche die Partei nichts angingen und in denen es jeder Abgeordnete nach seinem Belieben halten könne, mußte scheitern; seine Durchführung würde eine völlige Bankerotterklärung der Partei gegenüber den neuen, immer größer und dringender werdenden Aufgaben bedeutet haben und hätte die Zerreißung auf die Dauer doch nicht verhindern können.

Es war das Schicksal des deutschen Liberalismus, daß er gerade in dem Augenblick vor die Notwendigkeit gestellt wurde, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, als es sich darum handelte, ob er die bisherige Stellung zur Regierung festhalten oder in die Opposition übergehen solle. Es ist durchaus ungerecht, wenn vielfach Bismarck allein die Schuld an der Zersprengung der nationalliberalen Partei durch seine Wahltaktik zugeschrieben wird. Bismarcks Taktik hätte dies nicht vermocht, wenn die Partei nicht schon durch diesen inneren Gegensatz gelähmt und innerlich gespalten gewesen wäre. Die Machtprobe, vor welche die Partei gestellt wurde, brachte zwar diese innere Schwäche an den Tag, hat sie aber nicht hervorgerufen.

Daß der rechte Flügel der nationalliberalen Partei mit seiner Politik auf dem richtigen Wege war, hat die Zukunft bewiesen; auch der linke Flügel des Liberalismus hat sich mehr und mehr den früher verworfenen Gedanken angenähert. Wäre er dazu früher imstande gewesen, so hätte sich die Spaltung vermeiden, die Geschlossenheit wenigstens der alten nationalliberalen Partei erhalten lassen, und voraussichtlich hätte Bismarck es nicht nötig gehabt, die Hilfe des Zentrums zu erkaufen und dadurch dieser Partei die ausschlaggebende Stellung zu verschaffen, die sie mit geringen Unterbrechungen in den folgenden Jahrzehnten behauptet hat.

## 4. Das Kartell.

Durch die Absplitterung des linken Flügels und die damit verbundene Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Rest der nationalliberalen Partei und den weiter links stehenden Liberalen wurde der erstere mit einer gewissen Notwendigkeit dazu gedrängt, näheren Anschluß nach rechts zu suchen. Die Partei war zahlenmäßig seit 1881 so schwach geworden, daß sie für sich allein keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen konnte. Mit dem linken Flügel der Konservativen, den Freikonservativen, hatten seit der Gründung beider Parteien immer gute Beziehungen bestanden; an der Verfassung des Norddeutschen Bundes und der Ausgestaltung der Reichsgesetzgebung hatten die Freikonservativen im Einvernehmen mit der nationalliberalen Partei mitgearbeitet. Ein anderes verbindendes Moment zwischen den Nationalliberalen und Konservativen war ihre gemeinsame Überzeugung, daß die Erhaltung der auswärtigen Machtstellung Deutschlands unter allen Umständen die erste und dringendste Sorge sein müsse, und daß hinter dieser Notwendigkeit alle Fragen und Bedenken der inneren Politik zurücktreten müßten. Gerade am Ende der 80er Jahre wurde aber die Lage für Deutschland wieder außerordentlich gefährlich; die Balkanwirren drohten Rußland und Oesterreich zu entzweien, und die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich bereitete sich vor.

Nachdem Bennigsen sich von der Führung zurückgezogen hatte, und die übrigen älteren Führer teils gestorben, teils bei der Sezession aus der Partei ausgeschieden waren, trat jetzt ein Mann mehr hervor, der bisher zwar auch zu den angeseheneren Parteimitgliedern gehört, aber doch keinen eigentlich entscheidenden Einfluß ausgeübt hatte, Johannes Miquel. Persönlich mit Bennigsen befreundet, aber viel temperamentvoller als er, eben deshalb aber auch sprunghafter in seinen Entschlüssen und wechselnder in seinen Anschauungen hat Miquel eine sehr eigentümliche Entwicklung durchgemacht. Von extrem demokratischen Anschauungen ausgehend, war er im Laufe der Zeit in das Lager der gemäßigten Liberalen übergetreten, bis er schließlich am Abend seines Lebens preußischer Finanzminister wurde. Damals war er Oberbürgermeister in Frankfurt a. M. und suchte namentlich bei den süddeutschen Elementen innerhalb der Partei die engere Fühlung herzustellen. Durch die Heidelberger Erklärung vom 23. März 1884 übernahmen die Süddeutschen gewissermaßen die Führung; der Berliner Parteitag

vom 18. Mai, an dem auch Bennigsen teilnahm, bestätigte nur, was sie ausgesprochen hatten.

Diese Kundgebungen bedeuteten keineswegs die Aufstellung eines neuen Programms; sie bezweckten nur die Feststellung, daß die Partei gegenüber dem Versuch der Sezessionisten, sie nach links zu drängen, auf ihrem alten Standpunkte geblieben sei. Neben der Unterstützung der auswärtigen Politik der Regierung und der Erhaltung einer starken Heeresmacht bildete die Bekämpfung aller Reaktionsversuche und die Erhaltung der Rechte des Reichstags einen der wesentlichen Hauptpunkte. Im Gegensatz zum Linksliberalismus billigte man die sozialpolitischen Bestrebungen des Reichskanzlers, namentlich das Unfallversicherungsgesetz, wenn man sich auch eine sorgfältige Prüfung im einzelnen vorbehielt. Mit der Neugestaltung des Zollwesens hatte man sich abgefunden; ebenso mit dem Sozialistengesetz. Nur in zwei Punkten treten neue Wünsche und Ziele hervor. Einmal wollte man für die Erhaltung der Landwirtschaft eintreten, da man in ihr die wichtigste Grundfeste unseres Volkes erblickte; ferner aber wollte man eine Reform des Steuerwesens, in dem durch eine Börsensteuer, eine Erhöhung der Branntweinsteuer und eine bessere Regelung der Zuckersteuer schwerer drückende Abgaben ermäßigt werden sollten. In diesen beiden Neuerungen liegt zweifellos eine Annäherung an die von den Konservativen vertretenen Gesichtspunkte, zugleich aber ein Versuch, in landwirtschaftlichen, namentlich bäuerlichen Kreisen, Ersatz für die durch die Sezession verloren gegangenen Wähler zu gewinnen. Wenn zugleich sowohl in der Heidelberger wie in der Berliner Kundgebung die Verschmelzung mit anderen Parteien bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse für ausgeschlossen erklärt wird, so richtet sich dies gegen die Bestrebungen der Sezessionisten, alle liberalen Gruppen zu einer einzigen großen Partei zusammen zu schließen. Diese selbst vereinigten sich gerade damals mit der bisherigen Fortschrittspartei zur deutsch-freisinnigen Partei.

Nach der Sezession hatte man gehofft, daß die kleiner gewordene Partei nun um so fester in sich geschlossen sein und um so einheitlicher vorgehen werde. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. In den wirtschaftlichen Fragen, die ja bereits den Anlaß zu dieser Spaltung gebildet hatten, blieb die Verschiedenheit der Anschauungen auch innerhalb der kleineren treugebliebenen Gruppe bestehen. Als im Jahre 1885 auf das Drängen der Konservativen die Erhöhung der Getreidezölle auf drei Mark vorgeschlagen wurde, konnten die Nationalliberalen sich nicht über eine gemeinsame Haltung verständigen; etwa die Hälfte der Partei stimmte für und etwa die Hälfte gegen die Erhöhung, die schließlich angenommen wurde.

Erst die weitere Zuspitzung der auswärtigen Lage im Laufe des folgenden Jahres führte den engeren Zusammenschluß mit den Konservativen herbei, der sich vorher nur durch einzelne Anzeichen angekündigt hatte. Als der Reichstag im Januar 1887 die geforderte Erhöhung der Präsenzstärke des Heeres nicht wie bisher üblich auf sieben, sondern nur auf drei Jahre bewilligt hatte, löste die Regierung den Reichstag auf; sie hielt gerade unter den damaligen

drohenden Umständen eine Sicherung der Wehrfähigkeit des Reiches auf einen längeren Zeitraum hinaus für unbedingt notwendig. Für den bevorstehenden Wahlkampf schlossen die Nationalliberalen mit den beiden konservativen Parteien einen förmlichen Vertrag, wonach sie ihren bisherigen Besitzstand gegenseitig respektieren und sich den übrigen Parteien gegenüber gegenseitig unterstützen wollten, das sogenannte Kartell. Der Erfolg war für beide außerordentlich groß. Bei sehr starker Wahlbeteiligung wurden 121 Konservative und 99 Nationalliberale gewählt, während die freisinnige Partei, die gegen das Septenat gestimmt hatte, nur 32 Kandidaten durchbrachte. Konservative und Nationalliberale zusammen hatten in dem neuen Reichstag die Mehrheit, und es ergab sich fast als eine natürliche Folge des gemeinsamen Wahlerfolges, daß man beschloß, auch in den Beratungen des Reichstags so weit wie irgend möglich zusammenzuhalten und den Versuch zu einer gemeinsamen Politik auch auf die Einzelstaaten zu übertragen.

Zu Anfang gelang die Verständigung nicht immer. Das Septennatsgesetz wurde jetzt natürlich angenommen. Als aber die Konservativen eine neue Erhöhung der Getreidezölle von drei auf fünf Mark forderten, stimmte nur etwa der vierte Teil der Nationalliberalen dafür, und die Konservativen hatten es nur dem Zentrum zu verdanken, wenn sie ihren Antrag durchbrachten. Bald aber machte sich das Übergewicht der Konservativen innerhalb des Kartells immer stärker bemerkbar; namentlich Miquel verteidigte die Notwendigkeit der Erhaltung des Kartells um jeden Preis; aber auch Bennigsen, der ebenfalls eine Wiederwahl angenommen hatte, sah keine andere Möglichkeit. Nur die Unterstützung der Konservativen bei den nächsten Wahlen schien auch im nächsten Reichstag die bisherige Stellung sichern zu können.

Durch diese Rücksichten ließen sich die Nationalliberalen dazu verleiten, ihre Zustimmung zu zwei Maßregeln zu geben, die ihnen viele Anhänger im Lande entfremdeten. Die erste war die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages von drei auf fünf Jahre. An sich läßt sich durchaus darüber streiten, ob nicht eine längere Legislaturperiode erhebliche praktische Vorteile bietet; zweifellos aber ist, daß da, wo bisher eine kürzere Frist für die Lebensdauer des Parlaments bestanden hat, deren Verlängerung als eine Maßregel erscheinen muß, die das Volk verhindern soll, seinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Volksvertretung möglichst intensiv zur Geltung zu bringen. Daher wurde auch den Nationalliberalen vorgeworfen, sie hätten ihre Zusage, die Volksrechte zu wahren, mit ihrer Zustimmung zu diesem Gesetz gebrochen. Ebenso unpopulär war die Erhöhung der Branntweinsteuer, die ja allerdings schon in den Heidelberger Beschlüssen in Aussicht genommen war. Sie erhielt aber eine besonders anfechtbare Gestalt dadurch, daß durch die Form der Besteuerung den Brennereien ein erheblicher Anteil des Ertrages überlassen wurde. Diese sogenannte Liebesgabe an die Brennereibesitzer erschien als ein Geschenk an die Großgrundbesitzer, das die ärmeren Klassen aufbringen mußten und somit als ein den liberalen Grundgedanken

widersprechendes Zugeständnis an die unter den Konservativen herrschende großagrarische Richtung.

Allerdings hat sich der Kartellreichstag auch das große Verdienst erworben, durch seine Zustimmung zu der Alters- und Invaliditätsversicherung die vor einem Jahrzehnt begonnene große soziale Versicherungsgesetzgebung zum Abschluß zu bringen. Aber auch dies Gesetz, dessen segensreiche Wirkungen erst allmählich hervortreten konnten, erregte damals bei der Bevölkerung mehr Widerspruch als Begeisterung, weil die großen Unbequemlichkeiten, die mit der Einführung der Versicherungsmarken verbunden waren, zunächst als eine unnötige Belastung empfunden wurden.

Aus dieser Mißstimmung weiter Volkskreise gegenüber der Tätigkeit der Kartellmehrheit erklärt es sich, daß bei den Wahlen im Februar 1890 das Kartell eine Niederlage davon trug, von der die Nationalliberalen ganz besonders hart betroffen wurden. Es wurden 93 Konservative, aber nur 42 Nationalliberale gewählt, so daß von einer Mehrheit der Kartellparteien keine Rede mehr sein konnte.

Die nationalliberale Partei hat sich von den Folgen dieser Niederlage niemals ganz wieder erholen können. In vielen Bevölkerungskreisen, die bisher zu ihr gestanden hatten, war der Abschluß des Kartells, nachdem die erste Begeisterung über den Wahlerfolg von 1887 verraucht war, als ein Abfall von den liberalen Grundgedanken empfunden worden, zumal da auch in den Einzelstaaten die Kartellmehrheit, wo sie zu maßgebendem Einfluß gelangt war, diesen in antiliberalem Sinne benutzt hatte. Das enge Zusammenarbeiten mit den Konservativen bei den Wahlen hatte außerdem die eigenen örtlichen Organisationen geschwächt, und es bedurfte längerer Zeit, um diese Nachteile auszugleichen.

## 5. Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunders.

Wenige Wochen nach diesen Wahlen wurde Bismarck entlassen. Damit begann für die auswärtige und innere Politik Deutschlands eine neue Epoche, die freilich sowohl in der Erhaltung unserer internationalen Machtstellung, als in dem Ausbau unserer inneren Verhältnisse große schöpferische Gesichtspunkte durchaus vermissen ließ. Verglichen mit der Fruchtbarkeit und den Erfolgen der Bismarckschen Zeit war es eine Zeit der Epigonen und des unsicheren Suchens nach neuen Zielen.

Dies mußte naturgemäß auch auf das Verhältnis zwischen Regierung und Parteien zurückwirken. Das Vertrauen, das man bei aller Gegnerschaft gegen einzelne seiner Entwürfe der Staatsleitung Bismarcks im ganzen und namentlich in der auswärtigen Politik entgegengebracht hatte, fehlte seinen Nachfolgern, und ihre Taten waren nicht derartig, daß es sich nachträglich hätte einstellen können. Caprivis Absicht war es ohne Zweifel, durch Heranziehung auch der linksstehenden Liberalen eine vom Zentrum unabhängige Mehrheitsbildung zu ermöglichen; aber gleichzeitig ließ er sich in Preußen zur Unterstützung einer Schulpolitik bestimmen, die mit dem Grundgedanken des Liberalismus, der Forderung geistiger Freiheit, in unvereinbarem Widerspruch stand, und ihm daher das Mißtrauen aller liberalen Gruppen einbrachte. Auch seinem Nachfolger Hohenlohe gelang es niemals, eine feste Mehrheit um die Regierung zu scharen oder ein klar erkennbares Programm der inneren Politik aufzustellen.

In der auswärtigen Politik ging Caprivis Streben dahin, durch enge Anlehnung an England den Ausbau einer eigenen deutschen Flotte unnötig zu machen und durch das Zusammenwirken des deutschen Landheeres mit der englischen Flotte den Weltfrieden zu sichern. Von diesem Gesichtspunkte aus wünschte er auch keine Erweiterung unseres Kolonialreiches. Da diese Politik als eine friedliche erschien, und da sie die neuen Lasten für die Erbauung einer starken Flotte dem deutschen Volke ersparen wollte, fand sie bei den linksstehenden Liberalen Zustimmung, begegnete aber bei den Konservativen und den Nationalliberalen, die darin eine Preisgabe der von Bismarck erkämpften Weltstellung erblickten, scharfer Kritik und schweren Bedenken. Als sich dann Caprivi im Frühjahr 1893 doch genötigt sah, eine neue Militärvorlage einzubringen, um den Landheer wenigstens seine Überlegenheit im Verhältnis zu den Nachbarn zu erhalten, vermochte er die Zustimmung der

Freisinnigen dazu nicht zu erlangen, obwohl er gleichzeitig das bisher immer verweigerte Zugeständnis der Herabsetzung der Dienstzeit bei der Infanterie von drei auf zwei Jahre machte. Vergeblich bemühte sich Bennigsen, die freisinnige Partei zum Zusammengehen mit den Nationalliberalen und Konservativen in dieser nationalen Frage zu bewegen. Als die aus Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie bestehende Mehrheit einen erheblichen Teil der geforderten Heeresvermehrung streichen wollte, mußte sich auch Caprivi zur Auflösung entschließen (6. Mai 1893). Die Neuwahlen brachten den Freikonservativen und den Nationalliberalen eine geringe Verstärkung; da aber die freisinnige Partei sich wegen ihrer Haltung zu der Militärfrage in zwei Gruppen spaltete, die freisinnige Vereinigung unter Rickert und die freisinnige Volkspartei unter Richter, und da die erstere dieser Gruppen für die Vorlage eintrat, so konnte diese schließlich mit einer geringen Mehrheit zur Annahme gebracht werden. Auch für das erste Flottengesetz von 1898, das den Beginn zur Entwicklung einer kraftvollen deutschen Seemacht bedeutete, trat die nationalliberale Partei geschlossen ein; ebenso für eine kräftige Kolonialpolitik. Bennigsen, der seit Miquels Eintritt in das Ministerium wieder der ausschlaggebende Führer war, blickte mit besonderem Stolz darauf, daß es ihm noch vergönnt gewesen war, an diesen zur Verstärkung der nationalen Machtstellung dienenden Maßregeln mitzuarbeiten. Die Wahlen von 1898, die nach Ablauf der Legislaturperiode ohne eine besonders zugkräftige Wahlparole stattfanden, brachten der nationalliberalen Partei keine wesentliche Änderung ihres Besitzstandes und schufen dem Reichstage keine feste Mehrheit.

Im allgemeinen waren die Parteiverhältnisse im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts charakterisiert durch das Auftreten neuer Gruppen, die im wesentlichen durch wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte zusammengehalten wurden. Schon bei den Verhandlungen über das Zollgesetz von 1878 war in der freien wirtschaftlichen Vereinigung ein erster Vorläufer dieser rein wirtschaftlichen Gruppenbildung aufgetreten; aber diese lose Verbindung von Abgeordneten ganz verschiedener Parteien hatte sich nach Erreichung des augenblicklichen Zieles wieder aufgelöst. Ein dauernder Einfluß dieser Art beginnt sich erst geltend zu machen seit der Begründung des Bundes der Landwirte im Jahre 1893. Teils durch Aufstellung eigener Kandidaten, teils durch Unterstützung und starke Beeinflussung der konservativen Partei hat diese für die Vertretung ganz bestimmter wirtschaftlicher Interessen ins Leben gerufene Vereinigung einen sehr starken politischen Einfluß ausgeübt. Seitdem sind immer neue derartige Bildungen aufgetaucht, so der deutsche Bauernbund, die wirtschaftliche Vereinigung, welche die Mittelstandsinteressen vertreten will, und schließlich in jüngster Zeit der Hansabund. Unzweifelhaft ist die ungenügende Anpassungsfähigkeit der alten rein politisch gerichteten Parteien gegenüber den neuen großen Aufgaben des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit daran schuld gewesen, daß diese Neubildungen erfolgt sind. Sie bedeuteten für das gesamte Parteileben und für die Entwicklung des politischen Verständnisses im deutschen Volke eine schwere Ge-

fahr, weil sie die Anschauung verbreiteten, als sei die Vertretung wirtschaftlicher Interessentengruppen die eigentliche Aufgabe der politischen Parteien, und als seien die politischen Fragen nebensächlich gegenüber den wirtschaftlichen, ja eigentlich nur eine Verhüllung wirtschaftlicher Interessenkonflikte.

Gegenüber diesen Bestrebungen hat die nationalliberale Partei sich stets bestrebt, die Überzeugung festzuhalten und zu verbreiten, daß die Aufgabe der politischen Parteien in erster Linie in der Aufrechterhaltung der Macht des Staates und seiner Einheit auch gegenüber dem Kampfe der verschiedenen Klassen bestehe. Immer wieder trat sie in ihren Kundgebungen für eine kräftige auswärtige Politik, namentlich für die zielbewußte Fortführung der Kolonialpolitik ein, und immer wieder wies sie darauf hin, daß sie es für ihre Pflicht halte, der einseitigen Bevorzugung einzelner Berufsstände zum Nachteil anderer gleich wichtiger Berufsstände nach Kräften entgegenzutreten.

In ihrer praktischen Arbeit bemühte sich die Partei alle Bestrebungen zu unterstützen, die zum weiteren Ausbau der deutschen Einheit dienen konnten. So hat sie namentlich aufs eifrigste an dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich mitgearbeitet, das 1898 vollendet wurde und mit dem neuen Jahrhundert in Kraft trat. Auch für einen weiteren Ausbau der Reichsämter zu wirklichen Ministerien ist sie wiederholt eingetreten, ohne indes dies Ziel erreichen zu können. Das Zustandekommen der neuen Handelsverträge haben sie lebhaft unterstützt. In Preußen und den übrigen Einzelstaaten kämpfte sie namentlich in den Schulfragen lebhaft für die Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses und die Durchführung des Prinzips der reinen Staatsschule. Auch trat sie eifrig für die von Miquel als Finanzminister geplante und durchgeführte Finanzreform ein. Wenn ihr Wirken nach außen nicht so deutlich erkennbar hervortrat, wie in den früheren Jahrzehnten, so lag das daran, daß sie infolge des Sinkens ihrer Mitgliederzahl einen viel geringeren Einfluß auszuüben vermochte.

## Im 20. Jahrhundert.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts begann Deutschland in steigendem Maße unter dem politischen Druck der Weltkonstellation zu leiden. Seitdem die Erfahrungen des Burenkrieges uns die Notwendigkeit einer eigenen Flotte aufs deutlichste vor Augen geführt hatten und seitdem der von Tirpitz entworfene Flottenplan vom Reichstag genehmigt und seine Ausführung begonnen war, erblickte England in Deutschland einen Feind, und begann jene Einkreisungspolitik, deren letztes Ergebnis der große Weltkrieg gewesen ist. Mehr und mehr wurden auch die inneren Verhältnisse von diesem wachsenden Druck der allgemeinen Lage beeinflußt. Steigende Anforderungen an die Vervollständigung unserer Rüstung zu Lande und zu Wasser mußten an das deutsche Volk gestellt werden und wurden übernommen. Sowohl das Zentrum wie die freisinnigen Parteien wurden durch den unwiderstehlichen Zwang der Lage dazu gedrängt, ihre alte Abneigung gegen militärische Forderungen aufzugeben und dem Reiche die Mittel zu bewilligen, die es zur Verteidigung seiner Existenz unbedingt brauchte.

Die nationalliberale Partei, die seit dem endgültigen Ausscheiden Bennigsens (1898) von Ernst Bassermann geführt wurde, hat dieser Gesamtlage dadurch Rechnung getragen, daß sie in immer schärferer und bewußterer Weise die Forderung einer kräftigen auswärtigen Politik mit dem Ziele, Deutschlands Weltstellung zu wahren, in den Vordergrund stellte. Sie blieb damit nur den Grundgedanken treu, die bei ihrer Gründung maßgebend gewesen waren und deren Kern war, daß ohne die Behauptung der äußeren Machtstellung auch eine freiheitliche Gestaltung der inneren Verhältnisse geringen Wert habe.

Neben der starken Betonung der auswärtigen Politik wurden auch die sozialen Fragen und Forderungen in steigendem Maße berücksichtigt. Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaate hatte ja gerade in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht, und es ließ sich nicht verkennen, daß das gewaltig steigende Selbstbewußtsein und der feste Zusammenschluß der Arbeiterschaft neue Aufgaben stellten, die durch einen bloßen Ausbau der alten Versicherungs- und Schutzgesetzgebung nicht gelöst werden konnten. Es war einer der Grundgedanken Bassermanns, daß die Partei nicht nur für das materielle Wohl der arbeitenden Klassen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, namentlich bei der Ausgestaltung der Steuergesetzgebung eintreten, sondern daß sie auch bestrebt sein müsse, den scharfen Gegensatz zwischen Arbeit-

gebern und Arbeitnehmern möglichst zu mildern. Er hat sich auch durch den Umstand, daß gerade die großindustrielle Unternehmerschaft in der nationalliberalen Partei stark vertreten war, von der Verfolgung dieses Zieles nicht abhalten lassen, und ist darin von der seit dem Anfang des Jahrhunderts namentlich in den rheinischen Gebieten einsetzenden jungliberalen Bewegung aufs kräftigste unterstützt worden.

Mit der Reichsregierung suchte die Partei in der Zeit, als Fürst Bülow Reichskanzler war, möglichst enge Fühlung zu halten und zu ihr in ein ähnliches Verhältnis zu treten, wie es unter Bismarck der Fall gewesen war. Bei Bülow fanden diese Bestrebungen Entgegenkommen; jedoch konnte er sich nicht verhehlen, daß bei der verhältnismäßig geringen Anzahl nationalliberaler Abgeordneter die Regierung nur dann mit einer sicheren Mehrheit rechnen könne, wenn es ihr gelinge, mehrere politische Gruppen ungeachtet der sie trennenden Unterschiede um sich zu scharen. Namentlich mußte er mit dem Zentrum rechnen, das ja seit einem Menschenalter die ausschlaggebende Partei im Reichstag geworden war. Er kam daher dessen Forderungen so weit entgegen, wie er es irgend glaubte verantworten zu können, und ließ sich noch zu Anfang des Jahres 1906 die starke Verstümmelung seines Reichsfinanzreformplanes gefallen, um die Fühlung mit dem Zentrum nicht zu verlieren.

Immerhin mögen schon diese Verhandlungen die Überzeugung in ihm erweckt haben, daß es auf die Dauer doch nicht möglich sein würde, sich mit dem Zentrum zu verständigen. Bei den Beratungen über die kolonialen Fragen im Dezember 1906 kam es zum Bruch, da das Zentrum, dem die Interessen der katholischen Mission höher standen als die des Reiches, scharfe Angriffe gegen solche Beamte erhob, die sich diesen Anforderungen nicht ohne weiteres fügen wollten, und schließlich sogar einen Teil der für die militärische Beschützung unserer Kolonien geforderten Summe verweigerte (13. Dezember). Bülow entschloß sich zur Auflösung des Reichstages. Die Wahlen von 1907 standen ganz unter der Einwirkung dieser kolonialpolitischen Debatten. Ihr Ergebnis stellte ein Bekenntnis des deutschen Volkes zu der weltpolitischen Richtung dar, die durch die Ausdehnung unseres Kolonialbesitzes und dem Ausbau unserer Flotte eingeschlagen worden war. Die nationalliberale Partei erhielt 54 Sitze; diejenigen Parteien, die für die Kolonialforderungen der Regierung gestimmt hatten, alle konservativen Gruppen und alle liberalen Parteien zusammen erhielten 206 Mandate und hatten daher, wenn sie zusammenhielten, die Mehrheit im Reichstag.

Das Ergebnis dieser Wahlen bildete die Grundlage für die Politik des Fürsten Bülow in den nächsten Jahren. Er versuchte, alle die Parteien, die sich in den Fragen der internationalen Machtstellung hinter die Regierung gestellt hatten, dauernd zusammenzuhalten und so eine feste Mehrheit zu bilden, auf die er sich gegenüber dem Zentrum und der Sozialdemokratie stützen konnte. Zum erstenmal seit dem Erlöschen des Kartells war das Zentrum von der Rolle der ausschlaggebenden Partei im Reichstag verdrängt.

Ermöglicht wurde die Bildung dieses konservativ-liberalen Blockes vor allen Dingen dadurch, daß die linksstehenden Liberalen ihre alte Abneigung gegen Heeres- und Flottenforderungen endgültig aufgaben, und sich, wie schon früher die nationalliberale Partei, zu der unbedingten Notwendigkeit bekannten, dem Reiche die zur Erhaltung seiner Machtstellung nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ob diese auf den Block gestützte Politik sich auf die Dauer werde durchführen lassen, mußte davon abhängen, ob die verschiedenartigen Elemente, die sich hier unter dem Drucke eines großen nationalen Bedürfnisses zusammengefunden hatten, sich auch in der inneren Politik auf gemeinsame Richtlinien würden einigen können. Daß dies möglich sein würde, mußte von Anfang an zweifelhaft erscheinen, da die Männer der äußersten Rechten und der äußerste linke Flügel des Liberalismus gerade in ihrer Auffassung der innerpolitischen Fragen so weit voneinander abwichen, daß bei jeder wichtigen Entscheidung ihre Entzweiung möglich war. Es hat der ganzen diplomatischen Gewandheit Bülows und der vermittelnden und ausgleichenden Wirksamkeit der in der Mitte stehenden nationalliberalen Partei und ihres Führers Bassermann bedurft, um den Block wenigstens zwei Jahre lang zusammenzuhalten. Mit Mühe gelang die Durchbringung der neuen Gesetze über das Vereinsrecht und die Börse; als im Jahre 1908 durch die Veröffentlichung des bekannten Kaiserinterviews und die Stellungnahme Bülows dazu, sowie durch die Aufrollung der preußischen Wahlrechtsfrage schwierige Probleme des konstitutionellen Staatslebens in den Vordergrund gerückt wurden, begannen sich bereits starke Risse im Block zu zeigen; über die Frage der Finanzreform brach er im Frühling 1909 auseinander. Diese Reform wurde schließlich durch den Abfall der Konservativen von dem anfangs mit den Liberalen und der Regierung vereinbarten Programm zustandegebracht, die Erhöhung der indirekten Verbrauchsabgaben, welche die Volksmassen erheblich belasteten, und der Matrikularbeiträge wurde beibehalten, während die als Ergänzung geplante, hauptsächlich die Besitzenden treffende Erbschaftssteuer abgelehnt wurde. Indem die Liberalen sich weigerten, auf diesem Wege zu folgen und die Reform nun durch eine Mehrheit beschlossen wurde, die aus den Konservativen, dem Zentrum und den kleineren mit ihnen in Verbindung stehenden Gruppen bestand, war die Grundlage der Blockpolitik zerstört und die ausschlaggebende Stellung des Zentrums wieder hergestellt. Bald darauf zog sich Fürst Bülow von den Geschäften zurück.

Die nationalliberale Partei war mit Eifer auf die Blockpolitik eingegangen, weil sie ihren Wunsch, im Einvernehmen mit der Regierung an der Lösung der Fragen der Gegenwart positiv mitzuarbeiten, dadurch erfüllt sah. Jetzt war sie wieder in die Opposition gedrängt, da mit einer konservativ-klerikalen Mehrheit in den wichtigsten Fragen der inneren Politik eine Verständigung nicht möglich war. Aus dieser Lage erklärt es sich, daß in der nächsten Zeit gerade die liberalen Gedanken innerhalb der Partei wieder schärfer betont wurden. Sie fanden ihre Wortführer hauptsächlich in den

Jungliberalen, die namentlich im Rheinland und in Süddeutschland starken Anhang hatten und auf ein taktisches Zusammengehen mit den linksstehenden Liberalen hinarbeiteten. Die Letzteren schlossen sich im März 1910 zur fortschrittlichen Volkspartei zusammen und bildeten seitdem eine Macht, die der nationalliberalen Partei im Reichstag an Stärke ungefähr gleichkam.

Die parteipolitische Lage hat sich von dieser Zeit an bis zum Ausbruch des Weltkrieges nicht wesentlich verschoben. Bei den Wahlen von 1912 sank die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten auf 45, obwohl die Zahl der im ganzen für nationalliberale Kandidaten abgegebenen Stimmen gewachsen war. Daß die Partei in den großen Fragen, bei denen es sich um die Verstärkung unserer Wehrkraft gegenüber dem drohenden Weltkonflikt handelte, für die Forderungen der Regierung eintrat, versteht sich von selbst. Ebenso wirkte sie bei der Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung durch die Reichsversicherungsordnung und die Ausdehnung der Versicherung auf die Privatangestellten mit. In der wichtigen Frage nach der Neugestaltung des preußischen Wahlrechtes vermochte sie sich weder mit den Konservativen, noch mit der fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten zu einigen, und die Reform mußte verschoben werden.

Daß sich die Partei beim Ausbruch des Weltkrieges mit aller Entschiedenheit für eine kraftvolle, die militärischen Erfolge durch dauernde Verstärkung unserer Machtstellung sichernde Politik aussprach, lag in ihren Traditionen begründet. Den Burgfrieden hat sie ehrlich gehalten; für die Zeit nach dem Kriege wird sie entschlossen für eine Neuorientierung unserer inneren Politik eintreten, die den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes entgegenkommt und der durch das Eintreten der Sozialdemokraten für das Reich und seine Verteidigung geschaffenen neuen Lage Rechnung trägt.

Vergleicht man die gegenwärtige Lage der nationalliberalen Partei mit ihrer glänzenden Stellung in den siebziger Jahren, so könnte dies zunächst entmutigend und niederdrückend wirken. Von der größten und ausschlaggebenden Partei des Reichstags ist sie zu einer Gruppe mittlerer Stärke ähnlich vielen anderen geworden und von einem Einfluß auf die Gesamtleitung des Reiches, wie er wenigstens in der inneren Politik damals unzweifelhaft vorhanden war, ist heute keine Rede mehr. Selbst der Besitzstand, den die Partei heute noch behauptet, ist unsicher und kann nur durch Vereinbarungen für die Stichwahlen mit anderen Parteien behauptet werden. Dies hängt damit zusammen, daß die Partei sich im wesentlichen auf das obere und mittlere Bürgertum stützt und nur in einzelnen Gegenden Deutschlands größere ländliche Wählermassen oder Teile der Arbeiterschaft an sich zu fesseln vermocht hat. Obwohl die Zahl der nationalliberalen Stimmen ständig gewachsen ist, kann sie, weil die Wähler weit zerstreut über das ganze Reich wohnen, keinen so sicheren Besitzstand gewährleisten, wie er dem Zentrum und den Konservativen, aber auch den Sozialdemokraten dadurch gesichert ist, daß sie in bestimmten Landesteilen oder Orten die ganze Masse der Bevölkerung hinter sich haben, während sie in anderen Gegenden so gut wie gar

keine Anhänger haben. Daraus ergibt sich, daß dieser Nachteil in anderer Hinsicht ein Vorteil ist. Die nationalliberale Partei ist nicht wie die konservative eine wesentlich nordostdeutsche, nicht wie das Zentrum auf die überwiegend katholischen Gebiete oder wie die Sozialdemokratie auf die Großstädte und Industriebezirke beschränkt, sondern sie ist eine wirklich gesamtdeutsche Partei, die Wähler und Abgeordnete aus allen Gegenden Deutschlands in sich vereinigt; auch in dieser Beziehung ist sie dem nationalen Grundgedanken, der bei ihrer Entstehung maßgebend war, treu geblieben.

Daß die nationalliberale Partei bei der großen Masse der Bevölkerung keine so große Wirkung erzielt, wie bei den gebildeten Elementen, liegt daran, daß sie ihrem Wesen nach eine Mittelpartei ist, welche die scharfen Gegensätze des inneren Staatslebens am gewaltsamen Zusammenprallen verhindern und ausgleichend wirken will. Daher kann sie nicht mit jenen wohlfeilen, aber für die Massen immer wirksamen radikalen Schlagworten arbeiten, deren sich die extremen Parteien zu allen Zeiten mit Erfolg bedient haben. Eine radikale, prinzipientreue, rücksichtslose Haltung, erscheint der Mehrzahl der Menschen begreiflicher und charakterfester, als eine abwägende und den Verhältnissen Rechnung tragende Politik, die leicht in den Verdacht der Schwächlichkeit und Inkonsequenz gerät. Es soll nicht behauptet werden, daß solche Vorwürfe, welche die nationalliberale Partei ja sehr oft hat ertragen müssen, immer ganz ungerechtfertigt gewesen seien. Aber im großen und ganzen hat sich in ihnen doch mehr der Zorn der radikalen Parteien darüber geäußert, daß die Nationalliberalen, wenn sie in einigen Fragen mit ihnen zusammen geangen waren, dies nicht auch in allen übrigen Fällen tun wollten. Auch das gehört zu den notwendigen Schicksalen einer gemäßigten Mittelpartei und muß als solches ertragen werden. Daß aber gerade eine solche Partei notwendig ist, um den geordneten Gang des Staatslebens zu erhalten, wird jedem einleuchten, der die Entwicklung des modernen konstitutionellen Lebens mit einiger Unbefangenheit zu verfolgen imstande ist. Die radikalen Parteien von rechts und links werden immer geneigt sein, ihr Parteiprogramm rücksichtslos durchzuführen, sobald sie die Macht dazu haben, und werden damit die auf dem entgegengesetzten Flügel stehenden Parteien zur heftigsten Gegnerschaft und zum Widerstande mit allen Mitteln reizen. Die nationalliberale Partei aber hat es sich zum obersten Gesichtspunkt gemacht, stets das Interesse des Ganzen in die erste Linie zu rücken und ihren besonderen Wünschen nur so weit Geltung zu verschaffen, als sie mit dem Gesamtinteresse vereinbar sind. Gewiß ist es in erster Linie die Aufgabe der Regierung, gegenüber den Sonderbestrebungen der Parteien das Interesse der Staatsgesamtheit zur Geltung zu bringen. Es liegt aber auf der Hand, daß ihr diese Aufgabe sehr erschwert wird, wenn sie im Parlament nur radikale, einander unversöhnlich gegenüberstehende Parteien vor sich hat, während die Existenz einer Mittelpartei, die im Kern ihrer Bestrebungen mit ihr übereinstimmt, mag auch die Beurteilung von Einzelfragen auseinander gehen, ihr diese Aufgabe wesentlich erleichtert. W e r e s a l s

das dringendste Bedürfnis gerade für Deutschlan
ansieht, daß der Kampf der Parteien nicht so hefti
werde, daß er schließlich das Gefüge unsres Reiche
erschüttern oder gar zersprengen könne, wird di
Notwendigkeit einer solchen Mittelpartei aner-
kennen müssen.

Wenn sich die nationalliberale Partei ihrer Entstehung, ihrer Leistunge
und der aus ihrem Charakter hervorgehenden Aufgaben bewußt bleibt, s
wird sie auch in Zukunft ihre Aufgabe im deutschen Staatsleben erfülle
können. Sie wird nach wie vor kämpfen für die Erhaltung un
den Ausbau der Reichseinheit, für eine freiheitlich
Ausgestaltung der inneren Einrichtungen im Rei
und den Einzelstaaten, für die Erhaltung eine
starken, monarchischen Regierung, neben der mit
wirkend und überwachend, gleichberechtigt abe
nicht übergeordnet, die Volksvertretung steht, fü
die zielbewußte Weiterführung der sozialpoliti
schen Gesetzgebung, für eine volkstümliche Ver
waltung und vor allem anderen für die Erhaltun
und Steigerung unserer Machtstellung in der Wel
Gewiß wäre es zu wünschen, daß auch weitere Kreise unseres Volkes si
von der Notwendigkeit ihrer ausgleichenden Tätigkeit überzeugten und ih
bei den nächsten Wahlen durch Vermehrung ihrer Mandate die Möglichkeit z
erhöhter Wirksamkeit gäben. Aber auch wenn dies nicht der Fall sein sollt
wird die Partei ihrer alten Aufgabe treu bleiben und für die Zukunft au
das Wachsen des politischen Verständnisses und die Abnutzung der radikale
Schlagworte hoffen. Denn sie weiß, daß sie notwendig i
und eine Funktion im Leben unseres Reiches er
füllt, die keine andere Partei übernehmen könnt

